

3 BÜRGERKRIEG IN ZENTRALAFRIKANISCHER REPUBLIK
International

6 MUSS FLEISCH TEURER WERDEN?
BRD

8 MENSCHENHANDEL MIT VIETNAMESEN
Berlin

10 INTERNATIONALER FRAUENKAMPFTAG 2021
Frauen

14 SAGA VERKAUFT ARBEITERWOHNUNGEN
Hamburg

16 LLOYD-WERFT & CO. - DIE ENTLASSUNGEN KOMMEN
Bremen

18 BAUMFÄLLUNGEN IM METZGERGRÜN
Baden-Württemberg

20 IHRE UND UNSERE PROBLEME
Nordrhein-Westfalen

22 ESC 2021: WE FEEL THE HATE!
Kultur

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

der vom deutschen Staat verhängte Ausnahmezustand hat sich zum ersten Mal gejäht und macht keine Anzeichen, ein baldiges Ende zu finden. Wenn die Herrschenden das Spiel nun noch ein bisschen weiterspielen, hält der zweite „Lockdown“ bald seit einem halben Jahr an. Die politischen Vertreter der herrschenden Klasse wippen sich mit einem Hin und Her von einer Verlängerung zur nächsten, sodass es praktisch der Normalzustand ist, dass der Ausnahmezustand durch kurzfristige Beschlüsse immer wieder und trotz vorhersehbarer Infektionszahlen erneuert wird.

Die Unfähigkeit der Regierung, einen langfristigen Plan für ihren Ausnahmezustand zu entwickeln, hängt eng mit der Krise des Parlamentarismus zusammen. Besonders die Regierungspartei CDU sorgte für einen regelrechten „Skandal“, als bekannt wurde, wie zwei Abgeordnete, die Kontakte zur Maskenlieferung nach Deutschland vermittelten, dafür sechsstelligen Summen abkassierten. Das traf die Partei dermaßen, dass sie es für notwendig hielten, direkt am nächsten Tag auf den Beichtstuhl zu gehen: Vor dem Bundestag legten alle CDU-Abgeordneten eine „Ehrenerklärung“ ab, um zu bestätigen, in der Krise keine finanziellen Vorteile erzielt zu haben. Kaum hilfreich, um die Sache wieder auszubaden, und kaum glaubwürdig, dass das mal wieder zwei der berüchtigten „Einzelfälle“ waren. Wieder ist Vertrauen in die bürgerliche Politik verloren gegangen, unter den Massen bestätigt sich das Gefühl, dass die da oben sich auf Kosten von uns hier unten bereichern. Bis zur Bundestagswahl ist es nun weniger als ein halbes Jahr hin, und solche „Skandale“ können sie sich eigentlich nicht mehr leisten. Aber, und da können sie von Ehre vor

der Verfassung oder was auch immer reden, wie sie wollen – am Ende zeigen die Vertreter der Bonzen, dass es auch ihnen in erster Linie um Kohle geht. Und je tiefer die Krise, desto mehr geraten sie mit ihren selbst gemachten Versprechen in Widerspruch.

Im Berlin-Artikel dieser Ausgabe wird das Thema Schwarzarbeit wieder aufgegriffen. Im Zuge dessen werden wichtige Anmerkungen zu dem Problem gemacht, die den Artikel über Schwarzarbeit aus der letzten Ausgabe in der Rubrik „BRD“ ergänzen. Wie ihr diese Ausgabe in den Händen haltet, sind bereits der internationale Frauenkampftag und der 150. Jahrestag der Pariser Kommune schon wieder vorüber und der 1. Mai, der Tag unserer Klasse, steht vor der Tür. Für die Kommunisten vergeht die Zeit stets wie im Flug, da es niemals an Aufgaben mangelt, die bewältigt werden müssen, um die zahlreichen und vielseitigen Kämpfe der Massen weiter voranzutreiben.

Eure RoPo-Redaktion

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Franziska Vogler, Blodigstraße 15, 80933 München

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

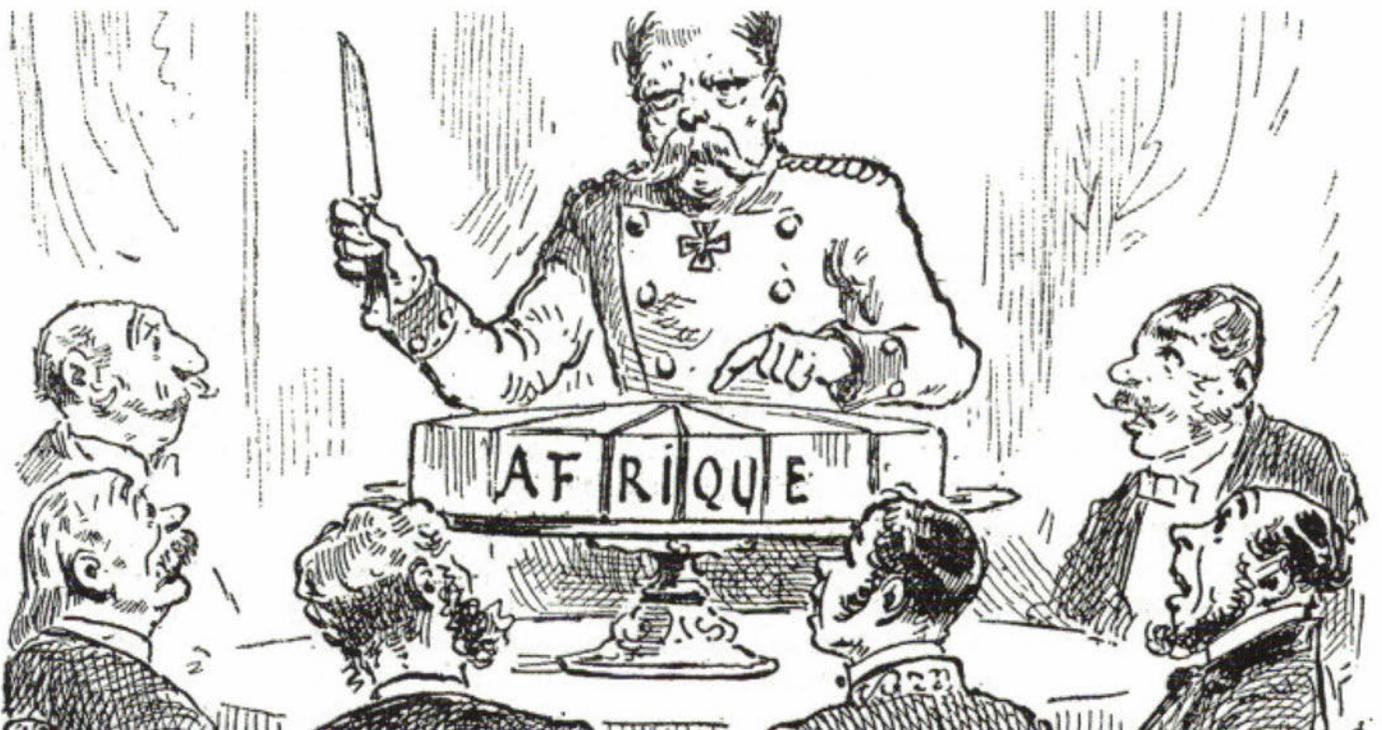
DIE AUSBEUTUNG AFRIKAS UND DER BÜRGERKRIEG IN DER ZENTRALAFRIKANISCHEN REPUBLIK

Der afrikanische Kontinent ist nach Asien der zweitgrößte Kontinent der Erde. Insgesamt leben rund eine Milliarde Menschen dort, verteilt auf 54 teils sehr große, aber auch sehr kleine Länder. Hier in der BRD ist das Prägnanteste, was die Menschen über Afrika wissen, meist die unglaubliche Armut, der Hunger und das große Elend, dem die Völker auf dem ganzen Kontinent ausgesetzt sind. Nirgendwo sterben so viele Menschen, weil sie nichts zu essen haben. Nirgendwo verhungern Minute für Minute so viele Kinder. Und das alles ist kein Zufall. Die Geschichte Afrikas ist geprägt von Ausbeutung und Unterdrückung; von Kriegen, Völkermorden und Jahrhunderten von Leid für die Völker. Alles verursacht durch die Imperialisten, die Afrika ausquetschen und ausplündern.

Im 18. Jahrhundert begannen vor allem die westlichen Nationen Europas damit, sich Afrika Untertan zu machen. Deutschland, Frankreich, England, Belgien, Spanien, Holland, Portugal etc. teilten Afrika unter sich auf und kolonialisierten den Kontinent vollständig. Kein Stück Land stand nicht unter der direkten Herrschaft irgendeiner europäischen Nation. Sichtbar wird das bis heute allein, wenn man sich Afrika auf

einer Karte anschaut. Die Grenzen zwischen den unterschiedlichen afrikanischen Ländern verlaufen häufig gerade und ohne jegliche Ausschläge. Sie wurden von den Kolonisatoren mit Lineal und Bleistift eingezeichnet, als sie Afrika unter sich aufteilten. Eine eigenständige Herausbildung von Nationen hat es nie gegeben, und so leben bis heute häufig zahlreiche unterschiedliche Nationalitäten, die ihre eigenen Kulturen und Sprachen haben, in ein und demselben Land. Allein in Ghana werden beispielsweise über 70 verschiedene Sprachen gesprochen. Die Kolonialzeit in Afrika war gezeichnet von Sklaverei, Raub von Rohstoffen und Kulturgütern, auf der anderen Seite aber natürlich auch von Widerstand, der überall dort aufflammt, wo Unterdrückung existiert. Doch dieser Widerstand führte auch dazu, dass die Kolonialmächte brutale und weitreichende Völkermorde anzettelten. Hier zeichnete sich auch Deutschland aus, als im Jahr 1904 bis zu 70.000 Herero und Nama im damaligen sogenannten „Deutsch-Südwestafrika“ (heute Namibia) in einem Völkermord getötet wurden.

Auch lange nach den beiden Weltkriegen hielten die Imperialisten ihre Kolonien auf dem



Die „Kongokonferenz“ 1884/1885, zu der der deutsche Reichskanzler Otto von Bismarck die europäischen Kolonialmächte zusammenrief und die Aufteilung Afrikas verhandelt wurde.



„Frankreich ist schuldig an Kriegsverbrechen und der Spaltung Zentralafrikas“

afrikanischen Kontinent. Erst mit Anbruch der 1960er-Jahre begann sich das signifikant zu ändern. Einige englische und französische Kolonien bekamen ihre offizielle Unabhängigkeit. Doch die Betonung liegt an dieser Stelle auf „offiziell“. Denn unabhängig waren sie damit keineswegs, und sind es bis heute nicht. Nach wie vor kontrollierten die Imperialisten ihre ehemaligen Kolonien in verschiedenen Bereichen. Aus Kolonien wurden Halbkolonien, d.h. offizielle politische Unabhängigkeit aber vollkommene ökonomische Abhängigkeit. Die Imperialisten installierten ihre Marionetten-Regimes, koppelten die Währungen an die eigene, entfalteten einen bürokratischen Kapitalismus, hielten Kapitalexpert aufrecht und vertieften ihn sogar noch, importierten Waren und Rohstoffe, trieben die Spaltung der verschiedenen Nationalitäten voran oder enterten die Märkte. Das Ergebnis ist vollkommene Rückständigkeit, und die Situation hat sich mit den Jahren und Jahrzehnten bis heute nicht verbessert, sondern ganz im Gegenteil nur noch weiter verschärft.

Diese Situation – geschichtlich und auf die aktuelle Lage bezogen – bedeutet auch immer wieder Kriege verschiedenster Art. Als unterdrückte Nationen sind die afrikanischen Länder für die Imperialisten nichts anderes als Raubgut. Sie hegen ihre Machtansprüche auf dem afrikanischen Kontinent und versuchen, diese geltend zu machen. Die Folge sind Kriege mit dem Zweck der Neuaufteilung, die die Imperialisten und ihre Lakaien auf dem Kontinent immer wieder losbrechen. Aber auch nationale Befreiungskriege – die sich ihrem Charakter nach Grundlegend gegen die Imperialisten wenden – oder Bürgerkriege, die zwischen verschiedenen Fraktionen der bürokratischen Bourgeoisie oder bestochenen Guerillabewegungen geführt werden, sind Alltag. Ein solcher Bürgerkrieg tobt seit Dezember 2020 wieder in der Zentralafrikanischen Republik. Die Zentralafrikanische Republik ist eines der ärmsten Länder der Welt, die meisten Menschen sind arme Bauern und betreiben Subsistenzwirtschaft. Nicht mal ein Prozent der Bevölkerung besitzt

ein Bankkonto. Was aber Schätze und Rohstoffe betrifft, ist das Land alles andere als arm, und so hat es für die imperialistischen Ausbeuter durchaus hohen Wert. Ganz besonders Diamanten, aber auch Gold und Öl rufen sie auf den Plan und lassen die imperialistische Bestie die Zähne fletschen.

Schon seit Jahrzehnten brechen in der Zentralafrikanischen Republik immer wieder Konflikte aus, die auch nicht durch geschlossene Friedensabkommen zwischen dem reaktionären Staat und unterschiedlichen Rebellengruppen unter Vermittlung der Vereinten Nationen (UN) verhindert werden konnten. Die Macht, die das Land dominiert, ist der französische Imperialismus, aber auch Russland hat Interessen vor Ort und spielt eine zumindest untergeordnete Rolle. Der Stichtag des aktuell ausgebrochenen Krieges in der Zentralafrikanischen Republik kann auf den Tag der Präsidentschaftswahl am 27. Dezember letzten Jahres beziffert werden. Mit der Wahl und vor allem mit der Wiederwahl von Präsident Touadera, die am 4. Januar verkündet wurde, schlossen sich sechs bewaffnete „Rebellengruppen“ mit reaktionärem Charakter (christliche Fundamentalisten) zu einer Allianz zusammen, die sich als „Koalition der Patrioten für den Wandel“ bezeichnet. Das Lakaienregime ist muslimisch, und schon in der Vergangenheit gab es große Konflikte zwischen Muslimen und Christen. Am 13. Januar startete die „Koalition“ einen Angriff auf die Hauptstadt und versuchte, sie einzunehmen. Spätestens seitdem herrscht Bürgerkrieg in der Zentralafrikanischen Republik. Und vor allem liegt die Last dieses Krieges auf dem Rücken des Volkes. Rund 240.000 Menschen sollen sich innerhalb des Landes auf der Flucht befinden.

Was dieser Krieg aber im Endeffekt ist, ist ein Krieg um Territorium, das dem französischen Imperialismus nun streitig gemacht wird. Und das in der Hauptsache durch den Yankee-Imperialismus, der einzig hegemonialen Supermacht auf der Welt. Parallel dazu, dass die Kriegseinsätze der Imperialisten in der Summe immer weiter ansteigen, vergrößert sich auch die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Imperialisten. Und nun nehmen die Yankees den einstigen Kolonialherrn Frankreich unter Beschuss. Auch wenn die Yankees keine Truppen

in die Zentralafrikanische Republik entsandt haben, liegt dieser Schluss nahe. Schon vor der Wahl vom 27. Dezember denunzierte die Yankee-Presse Präsident Touadera und stellte ihn für eine Gefahr für die Demokratie und Volkswirtschaft der Zentralafrikanischen Republik dar. Dazu wollen die USA in den Sicherheitssektor, den wirtschaftlichen Aufbau und in die Minderung von Konflikten investieren und die Zentralafrikanische Republik in diesen Fragen „unterstützen“. Das heißt im Klartext nichts anderes als die Entwicklung eines bürokratischen Kapitalismus, der gekoppelt ist an die Interessen des Yankee-Imperialismus, vorantreiben zu wollen. So ist z.B. schon heute der größte private Arbeitgeber der Zentralafrikanischen Republik der Konzern Groupe Kamach, der gleich in mehreren Branchen tätig ist (Verwertung, Industrie und Dienstleistungen, Vertrieb, Immobilien, Exploitation, Industrie und Service, Distribution, Real Estate); ein Unternehmen, das seinen Hauptsitz in den USA hat. So versuchen die Yankees, ihre Einflussnahme auf dem afrikanischen Kontinent, in diesem konkreten Fall in der Zentralafrikanischen Republik, durchzusetzen und usurpieren dafür eine reaktionäre Allianz aus bewaffneten Kräften, mit der sie das Lakaienregime Frankreichs angreifen. So war es möglich, dass sich binnen kurzer Zeit ein Bürgerkrieg entwickelt, im Lichte der Interessen des Imperialismus und gestützt auf die religiöse Spaltung zwischen Muslimen und Christen, die sich die Imperialisten zu Nutze machen und die dafür sorgt, dass Unterdrückte ihre Waffe auf Unterdrückte richten. So schaffen es die Imperialisten, die Zentralafrikanische Republik zu kontrollieren und all die die Kriege der letzten Jahrzehnte – sowie auch den aktuellen Bürgerkrieg, der im Land tobt – für ihre Zwecke zu nutzen. Dennoch richtet sich der Widerstand der Massen und auch der Widerstand nationaler Befreiungsbewegungen gegen die imperialistische Unterdrückung. Es wird aber ganz besonders deutlich, dass eine richtige Führung fehlt, die sich nicht durch den einen oder anderen Imperialisten usurpieren lässt und bedingungslos bis zum Ende für die Sache des Volkes kämpft, d.h. zunächst einmal die neudemokratische Revolution durchführt und die Zentralafrikanische Republik vom Joch der Imperialisten befreit. •

LEBENSMITTELPREISE IN DER BRD: MUSS FLEISCH TEURER WERDEN?

Dadurch, dass es in der aktuellen Wirtschaftskrise Viele gibt, die ihre Arbeit oder auf andere Weise ihre Einkommen verloren haben, oder es starke Einkommenseinbußen durch Kurzarbeit und ähnliches gibt, rückt ein Thema in vielen Familien immer mehr in den Vordergrund: Eine gesunde Ernährung. Auch wenn dies schon vor der Krise ein Thema war, bei dem Arbeiterfamilien viele Nachteile hatten, da es in den Supermärkten in den Arbeitervierteln vor allem Nahrungsmittel gibt, die mit Zucker und anderen schädlichen Stoffen vollgepumpt sind – so gibt es z.B. in den Arbeitervierteln im Supermarkt im Segment Babynahrung vor allem billigen Brei, billig, weil mit massig Zucker gestreckt – gewinnt dieses Problem für viele jetzt noch mehr an Bedeutung. Gleichzeitig nutzen die großen Supermarktketten die sogenannte „Corona-Krise“ dreist aus, um unter vorgeschobenen Gründen die Lebensmittelpreise kräftig zu erhöhen.

Die Begründungen reichen von angeblich knappen Erntehelfern im Anbau- und Ernteland wegen „Corona“ über Lastwagenschlangen an Zolleinfahrten bis hin zum Brexit. Jede Begründung kommt gelegen, rechtfertigt es nur angeblich die Preiserhöhung.

Dabei zeigen die Zahlen eindeutig, dass der Lebensmittelpreisanstieg in der BRD *bereits vor 10 Jahren* einen deutlichen Sprung erlebte und bis heute anhält. Im Durchschnitt hat sich der Preis für Lebensmittel in den letzten 10 Jahren um ganze

24% erhöht. „Corona“ ist da nur ein willkommener Gast, noch mal eine Schippe drauf zu legen. Der Nachrichtensender N-TV rechnet vor:

„Die Deutschen mussten im vergangenen Jahr deutlich mehr für Lebensmittel ausgeben als in den Vorjahren. Vor allem die Preise für Obst und Fleisch stiegen zwischen 2010 und 2020 massiv (...). Die Preise für Obst lagen im vergangenen Jahr demnach um 39,5 Prozent höher als 2010, bei Fleischwaren betrug der Anstieg 28,7 Prozent. Insgesamt lagen die Preise im vergangenen Jahr um 24 Prozent über jenen aus dem Jahr 2010.“

Dabei habe sich die Mehrwertsteuersenkung um 3% im Jahre 2020 sogar noch „dämpfend“ auf die Preiserhöhung ausgewirkt. Ohne diese „Senkung“ läge die echte Preiserhöhung deutlich höher. Umso verrückter wirkt da die Forderung mancher Leute, hierzulande die Lebensmittelpreise (insbesondere des Fleisches) noch weiter zu erhöhen, um den Beitrag „der Konsumenten“ gegen die Klimaerwärmung zu steigern. Blind und realitätsfern ignorieren diese Leute, dass 1) der Anteil am gesamten CO₂-Emissionsausstoß durch den Lebensmittelkonsum der Arbeiterklasse verschwindend gering ist, 2) der Fokus damit von den Energiemonopolen abgewandt wird, die zusammen mit den Industrien zu $\frac{3}{4}$ an der gesamten Emissionsabgabe schuld sind und 3) eine arbeiterfeindliche Politik propagiert wird, indem der Wunsch nach stärkerer Belastung für unsere Klasse zwangsläufig zu mehr Verelendung für uns führt. Eine Forderung, die letztlich nur Augenwischerei ist, indem sie von den wahren Verursachern ablenkt und den Fokus auf den Konsumenten legt.

Ohnehin ist es für die Arbeiterklasse bereits schwierig sich gesund zu ernähren. Das bestätigt auch der Vorsitzende der Vereinigung *Foodwatch* in einem Interview in der *Süddeutschen Zeitung*. Deren Vorsitzender, Martin Rückner, zeigt anhand von Zahlen, dass besonders gesundes Obst



Entwicklung des FAO Food Price Index (FFPI), ein Indikator für die Preisentwicklung der Rohstoffe Fleisch, Milchprodukte, Getreide, pflanzliche Öle und Zucker.

und Gemüse teurer geworden ist; ungesundes Essen, das viel billigen Zucker und billige Fette beinhaltet, im Vergleich wiederum jedoch kaum teurer wurde. Dabei wird uns ständig gesagt, wir sollten uns gesünder ernähren, und wollen das eigentlich auch! Doch einfach ist das nicht. Vielmehr werden uns ständig neue Steine in den Weg gelegt (z.B. der jahrelange Kampf um aussagekräftige Nährwertangaben auf den Verpackungen gegen die Zuckerlobby), besonders aber die Preise erhöht. Damit sie ihre Profite steigern können, müssen wir uns noch jedes gesunde Nahrungsmittel vom Mund absparen – was sehr paradox ist.

Wer im Discounter einkauft, kennt die Preissteigerung sowieso. Hier dennoch eine Beispielrechnung aus dem Leben: 500g Paprika haben sich während „Corona“ im Supermarkt von 99 Cent auf 1,49€ verteuert – 50% innerhalb eines Jahres! Paprika ist besonders reich an Kalium, Vitamin C und Zink, essentielle Vitamine besonders für Kinder. Da fällt eine Steigerung von 50 Cent auf das halbe Kilo deutlich ins Gewicht. Nehmen wir als Vergleichswert den täglichen ALG II-Nahrungsmittelsatz („Hartz-4“) hinzu. Dieser sieht für Nahrungsmittel pro Tag 4,80€ vor. Der deutsche Staat gibt die 4,80€ als Untergrenze an, von der sich angeblich gesund und ausgewogen leben lasse. Steigt das halbe Kilo Paprika nun von 99 Cent auf 1,49€, so haben wir von unserem Lebensmittelsatz für die restlichen Lebensmittel anstatt 3,81€ nur noch 3,31€ übrig. Und das ist ein gravierender Unterschied. Bedenkt man, dass es sich lediglich um Paprika handelt, noch kein Brot oder anderes Gemüse gekauft wurde (von Fleisch gar nicht zu sprechen) wird deutlich, wie sehr die Preiserhöhung Auswirkungen auf das tägliche Leben der Arbeiterklasse hat. Dasselbe beim Aufschnitt. Kostete die günstigste Salami im Supermarkt vor einem Jahr noch 99 Cent, stieg der Preis auf 1,09€ bzw. 1,19€ an. Auch das sind 10% bzw. 20% Steigerung. Wann haben wir das letzte mal 10% bzw. 20% mehr Geld erhalten, um zumindest die Preissteigerung für unsere Nahrungsmittel auszugleichen?

Dabei sind diese Zahlen innerhalb der Arbeiterklasse alles andere als realitätsfern. Bei einem Nettoverdienst von regelmäßig zwischen 1200-1700€ und stetig steigenden Wohnkosten,

handelt es sich bei dem ALG-II-Richtwert um eine vergleichbare Angabe, welche die Lebensrealität nicht nur der Arbeitslosen spiegelt, sondern vielmehr fast deckungsgleich mit den Tagessätzen der Arbeiterinnen und Arbeiter hierzulande ist. Und das sind nur zwei von vielen Rechenbeispielen der Lebensmittelvertuierung. Die Preise sind aber insgesamt gestiegen.

Ein Ende des Aufwärtstrends ist nicht in Sicht. Durch Spekulationen an der Börse werden die Rohstoffpreise der Lebensmittel weiter in die Höhe getrieben. Seit dem Jahr 2000 nämlich ist die Spekulationsgrenze der Nahrungsmittel aufgehoben. Konnte man also vor dem Jahr 2000 nur mit einer geringen Menge spekulieren, wurde damit der Anreiz zur Spekulation unterbunden. Seit 2000 jedoch werfen die Spekulationen mit den Rohstoffen in großer Menge satte Gewinne ab. Infolge werden Lebensmittel an der Börse künstlich knapp gehalten und die Preise steigen. Denn ganz einfach bedeuten steigende Preise der Agrarrohstoffe mehr Gewinne für die Spekulanten. Das ist neben dem Anteil, den sich die Discounter regelmäßig von der Preiserhöhung abschneiden, der zweite Grund für die deutliche Vertuierung der Lebensmittel.

Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer. Diese Wahrheit kennt inzwischen bereits jedes Kind der Arbeiterklasse. Doch durch die „Corona-Krise“ wird uns diese Wahrheit deutlicher als zuvor vor Augen geführt. Denn während unsere Kinder normalerweise in den Schulkantinen zumindest günstig ihr Essen bekamen, können wir seit dem Lockdown nicht einmal mehr darauf zurückgreifen. Ohne Alternative zur staatlichen Essensversorgung hat der deutsche Staat die Schulen samt ihrer Kantinen dicht gemacht und uns gezwungen, zu Hause Mehrausgaben für Essen aufzubringen. Eine Erklärung, wie das funktionieren soll, hat der Staat bis heute nicht geliefert. Im Gegenteil: Mehrausgaben durch „Homeoffice“ (Strom, Wasser usw.) oder Kürzungen durch Kurzarbeit oder Ähnliches werden erwartet, ohne Ausgleich. Wir bekommen weniger Lohn, sollen aber mehr für das tägliche Leben bezahlen. Einmal mehr zeigt uns dieses System, dass wir keine langfristige Perspektive in ihm haben und dass es hinweggefegt werden muss. •

POLIZEI VERSCHLEIERT MENSCHENHANDEL MIT VIETNAMESEN

Während Politiker und Bullen bei flüchtenden Menschen gerne von angeblichem Menschenhandel sprechen, wird bei tatsächlichem Menschenhandel oft weggeschaut. In den vielen Berliner Nagelstudios, Restaurants und Friseursalons arbeiten oft Vietnamesen in sklavenähnlichen Verhältnissen. Die Armut in Vietnam ausnutzend, werden schon Jugendliche unter falschen Versprechungen auf eine gefährliche Reise nach Deutschland gelockt. Ihnen werden angemessene Jobs in den Zielländern in Aussicht gestellt. Tatsächlich müssen sie dort dann die Schulden der Schleusung, die häufig zwischen 10.000 und 20.000 Euro liegen, in zutiefst ausbeuterischen Schwarzarbeitsverhältnissen abarbeiten. Dabei kommt es auch immer wieder zu Fällen von Prostitution und Kinderprostitution, die durch frauenfeindliche Prostitutionsgesetze und deren Handhabung in diesem Staat besonders aufblüht.

Vietnam ist eine Halbkolonie der Imperialisten und bietet daher für die meisten Menschen keine gute Perspektive. In Essex, England, wurden im Oktober 2019 39 Vietnamesen erstickt in einem Kühlaster gefunden, darunter auch zehn Teenager, von denen der jüngste gerade einmal fünfzehn war. Sie stammten aus den zentralen Provinzen Ha Tinh und Nghd An. In diesen Regionen des Vietnam haben die Menschen stark unter der Umweltverschmutzung durch das taiwanische Stahlwerk „Formosa“ zu leiden. Das Werk leitete bis April 2016 ungefiltert toxisches Abwasser ins Meer. Laut staatlicher Aussagen habe dies die Existenz von mehr als 200.000 Menschen, darunter 41.000 Fischer, geschädigt. Auch der Tourismus ist aufgrund der Verschmutzung entlang 200 Küstenkilometern, an denen 115 Tonnen toter Fisch ans Land gespült wurden, eingebrochen. Der Weg der Vietnamesen, die sich im Ausland mehr Chancen erhoffen, führt in der Regel über das für sie visafreie Russland nach Polen. Von Polen werden sie nach Deutschland gebracht, um von dort nach Westeuropa weiterverteilt zu werden. Oft werden sie schon auf der Reise bedroht, geschlagen und zur Arbeit gezwungen.

In Polen wurden Schleuser bereits wegen dieses Menschenhandels zu langen Haftstrafen verurteilt.

Bei den Prozessen in Polen wurde hervorgehoben, dass die Opfer meistens sehr armen Familien entstammen oder Waisenkinder sind. Aber während auch einige deutsche Polizisten von Menschenhandel sprechen, kriminalisiert die Berliner Polizei die Opfer als illegale Migranten. *„Die Kriterien von Menschenhandel im Kontext von Schleusung sind im Regelfall nach unseren Erfahrungen nicht erfüllt“*, sagt ein hoher LKA-„Chefermittler“. Die Menschen wären freiwillig da und damit selbst schuld, Ausbeutung liege nicht vor, behauptet er. Laut der Nichtregierungsorganisation EPCAT, die sich mit dem Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung beschäftigt, gibt es in Deutschland *„gar kein Bewusstsein für Menschenhandel mit erwachsenen und minderjährigen Vietnamesen/innen.“* Von solchen Behörden, die ihre Probleme leugnen, erhalten die Betroffenen keine Hilfe und erhoffen sich diese verständlicherweise nicht einmal. Dafür spricht die hohe Zahl vermisster vietnamesischer Jugendlicher aus Berliner Jugendhilfeeinrichtungen, die sich zwischen 2018 und August 2019 auf 95 beläuft. Während bei deutschen Kindern viel schneller eine öffentliche Vermisstenfahndung eingeleitet wird, sah die Polizei bisher bei vietnamesischen Minderjährigen keinen Grund für diese Maßnahme, da nicht von einer „Gefahr für Leib und Leben“ auszugehen sei, wie Hauptkommissar Roland Kamenz sich dem rbb gegenüber äußerte. Grund dafür sind neben Gleichgültigkeit auch chauvinistische Einstellungen gegenüber Vietnamesen, welche dort als nicht von Gewalt bedroht oder zu dieser fähig gesehen und als unauffällig und unwichtig betrachtet werden.

Auch das Don Xuan Center in Lichtenberg ist Ziel des Menschenhandels. Das schlichte Lagerhallenareal, in dem es in den letzten Jahren mehrfach brannte, ist für viele Berliner eine Anlaufstelle für günstige Dienstleistungen. Darunter beispielsweise Friseursalons, die mit Haarschnitten für acht oder auch nur fünf Euro werben. Dazu kommen zahlreiche Geschäfte, Imbisse und Nagelstudios. Nicht wenige der vergleichsweise günstigen Preise werden durch Sklavenarbeit realisiert. Hungerlöhne und Gewalt sind dabei an der Tagesordnung.

Berlin ist hierbei nicht nur Zielort des Menschenhandels, sondern ist auch Drehkreuz für die Weiterleitung zu Orten in der ganzen BRD und Westeuropa. Auch die Route des in Essex aufgefundenen LKW's führte über Berlin. So ist die Hauptstadt des deutschen Imperialismus direkt beteiligt an einer seiner Notwendigkeiten, sowie der der anderen europäischen imperialistischen Länder: Neben der Ausbeutung in den unterdrückten Nationen, die sie in ökonomische und politische Abhängigkeit zwingen, „importieren“ sie auch Teile der unterdrückten Völker als billige Arbeitskräfte. Ihre Wirtschaften sind darauf angewiesen, genauso wie sie auch angewiesen sind auf das Fortbestehen von Ausbeutungs- und Unterdrückungsformen von früheren Klassengesellschaften, von feudalen Elementen beispielsweise bei Kioskbesitzern, die ihre ganze Familie unentgeltlich in den Betrieb einbinden müssen, um sich über Wasser zu halten, bis zu der hier beschriebenen Sklavenarbeit. Die Überbleibsel der alten Klassengesellschaften werden nur mit dem Beenden der Klassengesellschaften überhaupt gelöst werden, mit dem Kommunismus. Nicht nur in diesem Land, sondern weltweit.

Die Vietnamesen, die hier ein besseres Leben suchen, sind unsere Klassenbrüder und -schwestern. Schwarzarbeit in Deutschland, noch unter dem Mindestlohn und ohne Arbeitsrechte, welche über Jahre erkämpft wurden, sollte für niemanden Normalität sein dürfen. Den Opfern von Menschenhandel kann aber nur wirksam geholfen werden, wenn sie eben auch als Opfer dieses angesehen werden. Gegenwärtig haben sie von Seiten staatlicher Behörden, statt Hilfe zu erhoffen, stets Abschiebung zu befürchten. Diese Perspektive hindert viele Betroffene, aus dem Schattensektor und seinen ausbeuterischen

Arbeitsverhältnissen auszubrechen oder oft auch nur sich über diese zu äußern. Offensichtlich ist das auch gar nicht das Ziel des deutschen Imperialismus. Schwarzarbeit im Allgemeinen, wie auch in der letzten Ausgabe der Roten Post berichtet, und insbesondere Schwarzarbeit durch migrantische Arbeiter, ist längst eine feste Größe, mit der Arbeit verrichtet wird, die Deutsche zu diesen Konditionen nicht machen wollen, oder die unter regulären Bedingungen nicht zu bezahlen wäre. Für die Ausbeuter bedeutet dies einen noch höheren Profit, weil die Entrechtung der Arbeit hier noch gesteigert ist. Die Schwarzarbeit, wie sie in der BRD besteht, trägt einen maßgeblichen parasitären Charakter. Sie ermöglicht Teilen des Kleinbürgertums und der Arbeiteraristokratie einen Lebensstandard, der ohne sie nicht möglich wäre. Sei es die Polin, die die kranke Oma pflegt, das Kindermädchen, das babysittet, die bulgarische Aushilfskraft auf dem Bau oder die billigen Nägel, gemacht von Vietnamesinnen. Würden diese Leute hier in der BRD nicht bis zum Maximum ausgequetscht werden, würde es all die billigen Dienstleistungen nicht geben, wäre das Leben dieser Schichten wesentlich schlechter und die Wut würde sich häufiger entladen. Die Herrschenden wissen diese Art der Schwarzarbeit also zu schätzen und sehen daher keinen Grund oder Bedarf, den Status Quo zugunsten der Arbeiter zu verbessern. Das gilt unabhängig davon, was sie uns darüber versprechen, welche Farbe sie sich geben oder auch welcher Partei sie zugehörig sind. Statt zu hoffen, alles abwählen zu können, müssen wir uns gegen den Imperialismus vereinen, welcher ganze Weltregionen zu schlimmster Unterentwicklung, Ausbeutung und Unterdrückung verdammt, auch, um danach die Massen dieser Weltteile und ihre Leben zu Spielbällen für ihren Profit zu machen. •



Don Xuan Center in Lichtenberg

FRAUEN

DER 8. MÄRZ 2021: KURZER ÜBERBLICK

Auch dieses Jahr ließen die Revolutionäre in allen Teilen der Welt es sich nicht durch die Maßnahmen der herrschenden Klasse mit dem Vorwand Infektionsschutz nehmen, Aktionen zum Internationalen Frauenkampftag durchzuführen. Zum diesjährigen 8. März in der BRD rief das Rote Frauenkomitee unter den Parolen „Frauen heraus zum Kampf! Gegen Ausnahmezustand und Krise! Für eine revolutionäre Frauenbewegung!“ auf. In mehreren Städten wurden Demonstrationen oder Kundgebungen durchgeführt. Erstmals mobilisierte das Rote Frauenkomitee auch zu einer Demonstration in Bremerhaven im Goetheviertel im Arbeiterstadtteil Lehe.

In Lateinamerika gab es vielerorts Großdemonstrationen wie z.B. in Buenos Aires oder Mexiko-Stadt, wo 81 Bullen bei den Protesten verletzt wurden und um den Nationalpalast eine drei Meter hohe Metallwand errichtet werden musste, um das Eindringen von Demonstranten zu verhindern; Institutionen des alten Staates wurden mehrfach von den protestierenden Massen attackiert. Die Revolutionäre entfalteten kraftvolle Aktionen, wie die Volksfrauenbewegung (MFP - Movimiento Femenino Popular) in Ecuador, die in einer Aktion bürgerliche Wahlpropaganda verbrannten. In Brasilien organisierte unter anderem das Gesundheitskomitee zur Verteidigung des Volkes in Pinhais eine

Veranstaltung zur Teilnahme der Frau am Klassenkampf in Brasilien und international.

In der Türkei sahen sich die Frauenproteste, wie so oft, großer Repression ausgesetzt. In u.a. Istanbul und Ankara versuchten die Bullen alles, um die Demonstration abzuschneiden und nicht laufen zu lassen. Bei den Protesten in der Türkei nahmen die revolutionären Frauenplattformen und „Neudemokratische Frauen“ teils führende Rollen ein. In Norwegen wurde die Demo in Oslo von rassistischen Reaktionären belästigt. Diese Reaktionäre wurden von der Demonstration mit den Genossen in vorderster Reihe entschlossen verjagt. Auch in Frankreich wurde eine Demonstration scharf von der Polizei mit Tränengas attackiert, wobei 43 Menschen verhaftet wurden. In Österreich wurde in Wien eine kämpferische Demonstration mit mehreren hundert Teilnehmern durchgeführt.

In den Vereinigten Staaten führten Revolutionäre über das Land verteilt zahlreiche Aktionen durch, bei denen oftmals große Führerinnen der Arbeiter hervorgehoben wurden. Und auch in Australien zeigten Revolutionäre diese Jahr Initiative: In Melbourne wurde ein Transparent in einem Arbeiterviertel aufgehängt mit abschließendem Zitat „Die Frauen tragen die Hälfte des Himmels auf ihren Schultern!“.



Bremerhaven



Wuppertal

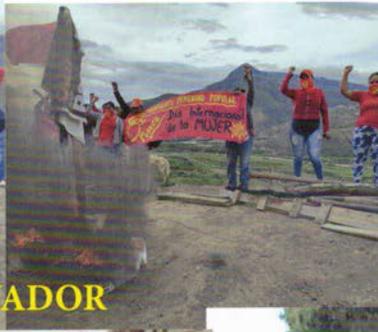


BRD

Freiburg



ECUADOR



BRASILIAN



BOLIVIEN



BRASILIAN



USA



TÜRKEI



NORWEGEN



FRANKREICH



NORWEGEN



FINNLAND

ÖSTERREICH

DÄNEMARK



AUSTRALIEN





MOVIM

de
Marzo



MOVIMIENTO FEMENINO POPULAR
ECUADOR, MÄRZ 2021

SAGA WILL ÜBER 1.000 WOHNUNGEN IN ARBEITERVIERTELN VERKAUFEN

Bezahlbaren Wohnraum zu finden, ist in den deutschen Metropolen nach wie vor eine der größten Hürden für die Arbeiterklasse. Wer zu Beginn noch Hoffnung in die Mietpreislösung gesetzt hatte, wurde schnell auf ganzer Linie enttäuscht, das Problem ist nicht besser geworden – im Gegenteil.

Wer in Hamburg eine „bezahlbare“ Wohnung sucht, wendet sich dann wohl früher oder später an die SAGA, das größte kommunale Wohnungsunternehmen in der BRD; als Arbeiter bleibt einem kaum eine andere Wahl. Wer sich dann nach monatelanger Wartezeit gegen dutzende, teilweise eine die hundert übersteigende Anzahl von Mitinteressenten durchsetzen konnte und sein Privatleben in der Mieterselbstauskunft ausgebreitet hat, kann sich glücklich schätzen. Derjenige bekommt eine Wohnung, die zwar immer noch zu teuer ist, aber mit durchschnittlich 6,71€ pro Quadratmeter immerhin zwei Euro unter dem ortsüblichen Quadratmeterpreis in Hamburg.

Aber selbst, wenn man eine Wohnung bei der Saga ergattert hat, bleiben Sorgen, denn auch die Saga erhöht regelmäßig ihre Mieten, und das so sehr, wie die wenigen Beschränkungen, die es im bürgerlichen Recht dazu gibt, es zulassen. Zu Beginn der Corona-Pandemie, welche das Leid der Massen in der aktuellen Überproduktionskrise, als Teil der allgemeinen Krise des Imperialismus, noch gesteigert hat, haben sie die Mieterhöhungen zwar kurzfristig ausgesetzt, setzen sie mittlerweile aber wieder fort und führen auch weiterhin Zwangsräumungen durch. Wie das mit dem angeblichen sozialen Selbstverständnis der Saga zusammenpasst, lässt sich wohl nur schwer erklären. Mal ganz davon abgesehen, in welchem Zustand so manche Wohnung der Saga ist. Schimmel, defekte Leitungen und undichte Fenster sind keine Seltenheit. In vielen Blöcken gibt es zu wenig Müllcontainer, weshalb jeden Monat horrende Reinigungskosten auf die Mieter umgelegt werden.

Die Saga beschreibt sich in ihrer Satzung selbst so: „Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortliche Wohnungsversorgung für breite

Schichten der Bevölkerung zu angemessenen Preisen. [...]“, aber im gleichen Absatz auch wie folgt: „[...] Die Gesellschaft ist als ein sich selbsttragendes und wirtschaftlich erfolgreiches Unternehmen zu führen.“ Dies sind zwei Aussagen, die in Gegensatz zu einander stehen, die Interessen des Volkes an gutem und günstigen Wohnraum lassen sich mit dem Interesse der Bourgeoisie, möglichst hohe Profite zu erzielen, nicht vereinbaren. Die Anteile der Saga werden zwar zu 100% von der Stadt Hamburg gehalten, das Unternehmen stellt aber trotzdem Profit an die erste Stelle; eine logische



Konsequenz der staatlichen Monopolisierung, die die BRD weiter voran treibt. Die Saga ist nicht, wie sie sich selber gerne darstellt, der Freund der Arbeiterklasse, sondern ein Konzern des bürgerlichen Staates, im Dienste des deutschen Imperialismus.

2014 wurden zusätzlich alle Wohnungen, die treuhändisches Eigentum der Stadt Hamburg waren, durch den Senat an die Saga überführt, unter der Auflage, keine weiteren Privatisierungen durchzuführen. Es verwundert wohl kaum, dass die Saga trotzdem privatisiert, sprich verkauft, darunter auch einige der Wohnungen, die erst 2014

in ihr Portfolio überführt wurden, was vom Senat achselzuckend hingenommen wird. Fast 1.200 Wohnungen stehen zum Verkauf, fast alle davon in den Arbeitervierteln; alleine in Billstedt sind es 164 Wohneinheiten, in Bramfeld 105, in Lurup 93, in Langenhorn 90, in Rahlstedt 85 und 80 in Farmsen-Berne. In diesen Vierteln können sie die Mieten nicht einfach nach Belieben erhöhen; wenn sich wirklich keiner mehr die Miete leisten kann, dann hat die Saga auch nichts davon, da lohnt es sich eher, die Wohnungen an den höchstbietenden zu verkaufen. Hier werden also Wohnungen, die mit öffentlichen Geldern, sprich Steuern errichtet oder erworben wurden, an jeden verkauft, der genug bieten kann. So fördert die SAGA die Wohnungsnot noch weiter, anstatt ihrem selbst gesetzten Auftrag nachzukommen, und der Hamburger Senat schaut wohlwollend dabei zu.

Dieses Verkaufsprogramm läuft seit 2002 unter dem Namen „Endlich meins“ und soll angeblich den Mietern der Saga ermöglichen, ihre Wohnungen zu kaufen. Für viele Arbeiterfamilien kann das nur ein schlechter Witz sein, das zeigt auch die Statistik. Bis 2019 wurden 51% der Wohnungen nicht an die Mieter verkauft, sondern an sonstige Investoren. 2019 und 2020 wurden nur noch knappe 20% der Wohnungen an die Mieter verkauft. Zwar müssen sich die Käufer verpflichten, die Wohnung acht Jahre selbst zu nutzen oder leer stehen zulassen, bevor sie diese teurer weitervermieten, aber acht Jahre sind bei sicherer Wertsteigerung auch kein langer Zeitraum. Nach 30 Jahren dürfen die Wohnungen ohne jegliche Auflage verkauft werden, für Konzerne auch ein überschaubarer Spekulationszeitraum. Vor Ablauf der 30 Jahre ist für den Verkauf lediglich eine Zustimmung durch die Saga notwendig, da diese sich das Rückkaufsrecht vorbehält.

Dies ist nur eines der Beispiele, die in der Praxis belegen, dass auch der soziale Wohnungsbau, anders als so oft behauptet, keine Antwort auf die Interessen der Arbeiterklasse ist. Das Proletariat hat nichts von diesem System zu erwarten. Dem deutschen Staat geht es lediglich darum, Wohnraum zu dem Preis zu Verfügung zu stellen, dass die Arbeiter nicht hungern müssen, um für so etwas wie Ruhe zu sorgen, nicht mehr und nicht weniger, getreu dem Motto Brot und Spiele. Wirkliche Veränderung können wir nur erkämpfen. •



ZU WENIG GELD FÜR SO VIEL ARBEITSKRAFT: LLOYD-WERFT & CO. - DIE ENTLASSUNGEN KOMMEN

Die Meldungen mehren sich: Stellenabbau hier, Stellenabbau dort. An unterschiedlichen Orten der Produktion und „Dienstleistung“ wird in Bremen die Kündigung von Arbeitern vorbereitet. Gleichzeitig wird seit Beginn der Krise hauptsächlich in den „Dienstleistungsberufen“ das Arbeitspensum enorm erhöht. Unsere Schuld? Nein? Corona seine Schuld? Kaum. Ein guter Geschäftsmann, sagen die Kapitalisten, muss wissen, wann und wo er sparen muss. Jetzt ist der Zeitpunkt wieder gekommen, wo es viel mehr zu kaufen und zu bezahlen gibt, als gekauft und bezahlt werden kann: Eine Überproduktionskrise. Wer die Schäden davon für sein Unternehmen gering halten will, muss hier und jetzt sparen. Also die „überflüssigen“ Arbeiter nicht mehr arbeiten lassen und dem Rest sagen, er soll höhere Leistung und mehr Arbeit verrichten.

Nachdem letztes Jahr lange Zeit der große geplante Stellenabbau bei Airbus im Zuge der Krise Thema war, kamen gegen Ende 2020 neue Meldungen von Beck's und dem Bremer Thyssen-Krupp-Standort. Der Bierbrauer will 30 bis 60 Stellen streichen – Teile des „Customer Service“ sollen in „Länder mit geringerem Lohnniveau verlagert werden“, d.h. hauptsächlich in unterdrückte Nationen, wo das InBev-Unternehmen seine Angestellten mehr ausbeuten kann. Der Anlagenbau von ThyssenKrupp für die Autoindustrie ist zunehmend weniger gefragt, weshalb bis Ende März wieder Entlassungen abgewickelt werden sollen, wodurch der Bremer Standort insgesamt 300 Mitarbeitern in einem Jahr gekündigt hat. Dieses Jahr hat u.a. mit den angekündigten Entlassungen beim Verbrennungsanlagenhersteller Saacke begonnen, ein „mittelständisches Bremer Familienunternehmen“, d.h. ein typischer Kandidat, den diese Krise kaputtmachen kann. Und auch die Geno (Gesundheit Nord) will Stellen einsparen – *es sei nicht anders möglich!* Dass das für den Profit der Kapitalisten *nicht anders möglich ist*, ist ein geradezu trauriger Beweis für die Zersetzung dieses Gesundheitssystems. Besonders im Angesicht der Pandemie und des Personals, das seit nun einem Jahr Tag und Nacht schuftet und den Laden irgendwie am Laufen halten muss.

Die Rolle der Kurzarbeit

Warum es trotz einem Jahr schwerer Krise noch vergleichsweise so wenig Entlassungen gegeben hat, ist großer Verdienst der Kurzarbeit und den billigen Krediten, die zeitgleich aufgenommen werden, wodurch Unternehmen, die keinen Gewinn mehr machen und längst fällig sind, noch am Leben gehalten werden – die Krise wird aufgeschoben. Die Kurzarbeit bedeutet dabei, dass weniger bezahlt werden muss, dabei aber kein Verlust an nutzbarer Arbeitskraft gemacht wird, da eh zu viel produziert wird, d.h. sich mit einem Teil der Arbeit kein Profit mehr machen lässt. So ist die Kurzarbeit nicht nur für kleine und mittlere Unternehmen, die die Krise hart trifft, sondern auch für die großen, die jetzt z.T. expandieren ein wichtiges Mittel, um zu sparen. Erst kürzlich steckte beispielsweise das Bremer Daimler-Werk wieder wegen ausbleibender Lieferungen eine Reihe an Arbeitern für eine Woche in Kurzarbeit. Die viele Kurzarbeit bei Mercedes im letzten Jahr konnte eine starke Gewinnsteigerung nicht verhindern, sondern hat sie gefördert. Denn während teils weniger Produkte verkauft werden, wächst der Konzern, lässt mehr an „billigeren“ Orten produzieren und spart zugleich Bezahlung für überflüssige Arbeit ein. Und auch Lebensmittel-Riese Mondelez will in Bremen trotz Rekordzahlen im letzten Jahr 70 Mitarbeiter entlassen. Mit dem Vorwand Corona, der sie überhaupt nicht beeinträchtigt hat.

Die Schließung der Lloyd-Werft

Ende Dezember letzten Jahres verbreitete sich die Nachricht, dass die Bremerhavener Lloyd-Werft gegen Ende dieses Jahres dicht machen soll. Rund 350 Arbeiter sollen vor die Tür gesetzt werden. Die vor über 160 Jahren vom Norddeutschen Lloyd gegründete Werft wurde 2015 an die Gruppe *Genting Hong Kong* verkauft, welche einige mittelgroße Werften in Norddeutschland unter einem Hut zusammenfassen und neu organisieren wollte. Doch *Genting Hong Kong*, ein Tourismusunternehmen mit Spezialisierung auf Kreuzfahrten, schlidderte letztes Jahr in tiefe rote Zahlen (3,4 Milliarden US-Dollar Schulden).

Im August stellte Genting die Rückzahlung allen geliehen Kapitals ein. Die Gruppe kämpft um ihre Existenz, darum muss jetzt die Lloyd-Werft, bei der bis jetzt die Krise keine besonderen Probleme verursachte, um ihre eigene Existenz bangen. So ist das eben in diesem System – es scheint normal zu laufen, und dann wird dir von oben plötzlich gesagt: „Deine Arbeitskraft wird nicht mehr gebraucht!“ In der Krise offenbart der Imperialismus, zu welchem Schaden die unzählbaren Verflechtungen des Kapitals führen können – ein Problem an einer völlig anderen Stelle führt dazu, dass Arbeiter in einer ganz anderen Ecke der Welt ihren Job verlieren. Letztendlich werden die Arbeiter an der Lloyd-Werft *entlassen* – von Genting.

Auch in der Bremer Bürgerschaft wurde die Lloyd-Werft Thema für eine Debatte. Natürlich wollen alle die „traditionsreiche“ Werft behalten. Zumal sie ja auch eine Stütze für die über die Jahre zurückgegangene Hafenindustrie ist. Bremerhaven ist schließlich auf Grundlage dieser entstanden und besonders durch ihren Rückgang eine der ärmsten Städte Deutschlands – laut aktuellen bürgerlichen Studien die mit der höchsten Armutsquote – geworden. Zwar hat die Stadt immer noch den zweitgrößten Hafen des Landes, die angesiedelten Unternehmen sind aber größtenteils nicht in Händen großer „Player“ wie zu Hochzeiten z.B. des Norddeutschen Lloyd. Die haben ihre Produktion heute weitestgehend in China und anderen Teilen Ostasiens angesiedelt, und wenn in Europa, dann hauptsächlich in Rotterdam und Antwerpen. Dass unsichere Jobs und Kündigungen an „wirtschaftlich schwachen Standorten“ wie Bremerhaven in Zeiten der Krise stark zunehmen, zeigt auch der Stellenabbau des Bremer Containerterminalbetreibers „Eurogate“ – mehrere Hundert geplante Kündigungen in Hamburg und besonders Bremerhaven. Der offen genannte Anspruch: Die Arbeiter an den Containern sollen „mehr und schneller arbeiten“. Auch Eurogate ist ein Kandidat, der als mittelgroßes Unternehmen mit hoher Wahrscheinlichkeit starken Schaden in der Krise nehmen wird. Dazu hat z.B. der Gesamthafenbetriebsverein (GHBV) mit 1300 Hafearbeitern Insolvenz angemeldet. Und je mehr angeschlagener Unternehmen am Hafen, desto überflüssiger die ganze Stadt Bremerhaven für den

deutschen Imperialismus. Dann kommen kaum noch Gelder mehr für Infrastruktur, Bauprojekte usw. – so wird eine ganze Gegend fallen gelassen und noch ärmer. Natürlich möchte das keiner in der Bremer Bürgerschaft, so wird um Hilfe beim Bund für die Lloyd-Werft gebettelt. Aber der deutsche Imperialismus hat dringendere Probleme. Die hauptsächliche Hoffnung beruht für die Regierungskoalition und die CDU auf der Heinrich-Rönner-Gruppe aus Bremerhaven, die deutlich kleiner ist als die Genting und Interesse an einer Übernahme haben soll. Eine stabile Perspektive ist das nicht für die Lloyd-Werft und die Belegschaft. Die Lokalpolitik stellt sich mal wieder hilflos daneben – man tue ja das, was man tun kann, und muss jetzt auf Bund und Rönner hoffen.

Weg mit den Verrätern der Arbeiter!

Heuchlerische Aussagen wie die der Bremer Lokalpolitiker hört man auch von den gelben Gewerkschaften. In Frage der Hafenwirtschaft ist es in der Hauptsache die IG Metall, die angeblich für die ökonomischen Interessen der Arbeiter kämpft. Sie zeigen sich „wütend“ oder „besorgt“ über das Verhalten der Betriebe und beklagen ein paar Punkte, in denen man uns ungerecht behandelt hat. Etwas daran ändern tun sie aber auch nicht. Das ist kein Wunder, nachdem sie jahrelang den Kampf der Arbeiter versucht haben zu mäßigen und für schlechte Abmachungen mit den Unternehmen zu verraten. Mit dem Ergebnis, dass die Arbeitsbedingungen oft verschlechtert werden und der Kampf dagegen ins nichts führt. Jetzt, wo die Massenentlassungen vor der Tür stehen, ist es Aufgabe der Revolutionäre, die Rolle der gelben Gewerkschaften vor der breiten Masse an Arbeitern zu entlarven. Dieses Jahr steht die Bundestagswahl an, und mit den bürgerlichen Parteien werden auch die gelben Gewerkschaften sich wieder präsentieren müssen. Während der Wahlboykott entfaltet wird, muss deutlich gemacht werden, dass es nur einen Weg aus dieser Krise gibt: Revolution! •



BAUMFÄLLUNGEN IM METZGERGRÜN

Sozial und klimaneutral, so soll das Neubauviertel Kleineschholz laut Freiburger Baubürgermeister Martin Haag werden. Doch wie sozial es wirklich werden wird, zeigte sich an den Baumfällungen am 25. Februar

Doch zuvor: Was hat es mit den Baumfällungen und dem neu gebauten Stadtteil auf sich? Neben dem Projekt in Dietenbach plant die Stadt den Bau eines neuen Viertels im Stadtteil Stühlinger. Dabei verspricht die Stadt den Menschen so einiges. Sozial soll der neue Stadtteil sein, denn mit dem Bau von 550 neuen Wohnungen soll die katastrophale Wohnraumsituation in Freiburg gelöst werden. Neue Wohnungen soll es geben, und natürlich sollen diese bezahlbar sein. Sogar 50% Sozialwohnungen sind wohl scheinbar dabei. Selbstverständlich soll der Stadtteilbau auch grün und ökologisch sein. Mit vielen neu gepflanzten Bäumen und Grünanlagen soll vielen Tieren Lebensraum geboten sowie den Bewohnern ein angenehmes und erholsames Leben im Stadtteil ermöglicht werden. Einfach Traumhaft!

All diese Sachen klingen fast zu schön, um wahr zu sein, aber genau da ist der Haken an der Sache – sie sind es nämlich nicht. Die neu gebauten Mietwohnungen werden ganz sicher nicht dazu führen, dass es mehr bezahlbaren Wohnraum gibt, denn der Mietpreisspiegel wird durch diese nicht sinken, sondern ansteigen. Von den neu gebauten Eigentumswohnungen ganz zu schweigen, denn diese wird sich in Freiburg garantiert kein Arbeiter leisten können. Und auf das Versprechen der 50% Sozialwohnungen kann man auch nichts geben, denn wer glaubt denn mittlerweile noch wirklich daran, dass die Freiburger Stadtbau ihre Versprechen hält? Eher könnte man an den Weihnachtsmann oder den Osterhasen glauben.

Was an diesem ganzen sozialen Getue aber wirklich zynisch ist, ist, dass für dieses Bauprojekt eine ganze Reihe bezahlbarer Wohnungen abgerissen werden sollen und die entsprechenden Bewohner daraufhin natürlich ihre Wohnungen verlieren werden. Gemeint ist hier die alte Arbeitersiedlung im Metzgergrün.

Zwar hat die Stadt versprochen, dass nach dem Bau die Bewohner wieder in die neuen Häuser einziehen können, allerdings können wir diesbezüglich gerne mal die Leute in Weingarten fragen, wie viele Bewohner nach den Sanierungen im Binzengrün 34 wieder einziehen konnten. Antwort: es waren genau 0 Bewohner.

Wie so oft ist dies also ein Bauprojekt, bei dem viele soziale Versprechungen gemacht werden, aber letzten Endes nur Gentrifizierung und eine Politik zugunsten von Investoren und Spekulanten durchgesetzt wird. Zurecht sind die Menschen im Stühlinger also gegen dieses Vorhaben. Man muss eben kein Abitur haben, um zu verstehen, dass, wenn Politiker von sozialer Durchmischung reden, dies nichts anderes bedeutet, als, dass die Mieten teurer werden und man sich als normaler Arbeiter irgendwann seine Wohnung nicht mehr leisten kann.

Die Stadt kündigte zwar an, die Bewohner der Abrisshäuser an den Planungen für das Bauprojekt zu beteiligen, doch wie so oft blieb dies ein leeres Versprechen, welches nicht umgesetzt wurde. Ganz im Gegenteil. Die Stadt hat nun, ohne es näher mit den Bewohnern abzusprechen, einfach Baumfällungen in dem Wohngebiet durchgeführt, um damit den Abriss und die Bauarbeiten vorzubereiten. Dabei wurde schließlich ein relativ großes Aufgebot von Polizei und Sicherheitsdienst zusammengezogen, welche dann Mieter aus ihren Gärten zerrten, um die Baumfällungen dort durchführen zu lassen. Und natürlich ist das für uns keine Überraschung, denn genau das ist eben der Zweck dieser Institution. Wer auf die Gerechtigkeit in diesem Staat vertraut, der vertraut auf eine verdammte Lüge. Eine Tatsache, welche sich für die Menschen im Metzgergrün nun sehr offensichtlich zeigte.

Eine Sache, die wir in dieser ganzen Geschichte auch noch näher beachten möchten, ist das Verhalten der Fraktionsvorsitzenden Lina Wiemer Cialowicz von der Fraktion: „Eine Stadt für alle“ aus dem Freiburger Gemeinderat zu den genannten Baumfällungen. Diese äußerte sich äußerst zahm zu diesen ganzen Vorgängen. So stellte

sie sich hinter dieses widerwärtige Bauprojekt und bezeichnete das Vorgehen der Stadtbau gegen die Menschen im Metzgergrün lediglich als ein „Kommunikationsproblem“. Die Stadt vertreibt Menschen aus ihren Häusern, um teure Eigentumswohnungen zu bauen, und das alles ist lediglich ein Kommunikationsproblem? Zwar geben sich alle möglichen Leute sozial, doch wenn sie plötzlich wie Frau Cialowicz als Stadträtin oder auf irgendeinem anderen Posten in der Regierung sitzen, ist das alles wieder vergessen. Dann kann auch plötzlich die kleine „linke“ „Eine Stadt für alle Fraktion“ ihre Prinzipien über Bord werfen und für Verdrängung eintreten. Vor allem im Zuge der kommenden Bundestagswahlen sollte man sich das merken.

Kommen wir also zum Fazit: Die Stadt Freiburg macht eine Politik, die arbeiterfeindlich ist

und lediglich den Bonzen dient. Bullen und Securityleute setzen diese dann um und die „linken“ Politiker, die sich zuvor als die Retter des Volkes aufspielen, lassen es im Stich. Die Konsequenz muss sein, diese Ungerechtigkeiten aus tiefstem Herzen zu verachten und entschlossen dagegen zu rebellieren. Und klar: Der Staat ist gegen dich, die Bullen sind gegen dich und die parlamentarischen Kräfte verraten dich. Natürlich kann man da erst mal denken, dass man machtlos und total alleine ist. Aber wenn du dich umsiehst, siehst du deinen Nachbarn, dem es genauso beschissen geht, siehst du den Arbeitskollegen, der für denselben Hungerlohn malochen muss, siehst du die alleinerziehende Mutter, der es sogar noch beschissener geht. Wir sind nicht wenige, sondern viele, und wenn wir uns zusammenschließen und gemeinsam entschlossen kämpfen, können wir jede Ungerechtigkeit beseitigen. •



NORDRHEIN-WESTFALEN

ESSEN: DIE PROBLEME DER BEZIRKSVERTRETUNG UND DIE PROBLEME UNSERER KLASSE SIND NICHT DIE GLEICHEN

Die „Bezirksvertretung III Essen-West“ hat beschlossen, die Grafittis am Ehrenzeller Platz in Essen-Altendorf zu entfernen. Ihr Ziel ist es, den Stadtteil schöner zu machen. Woran sich die Herren aus der Bezirksvertretung III stören, sind gerechtfertigte Aussagen wie „Frauen kämpfen und wehrt euch“ oder „Nie wieder Faschismus“. Diese sind großflächig an dem Platz angebracht. Der Bezirksvertreter Martin Weber sagt dazu: *„Im Rahmen der Haushaltsberatungen der BV III werden wir den Missstand ansprechen, damit auch die notwendigen Gelder dafür bereitgestellt werden, denn im Essener Westen werden immer häufiger Immobilien und die im öffentlichen Raum befindlichen Denkmäler und Kunstwerke von Unbekannten beschmiert, so zuletzt auch die Margarethenbrücke“.* Woran sich die Herren aus der Bezirksvertretung jedoch nicht stören, sind dreckige Spielplätze.

Altendorf entwickelte sich in den letzten Jahren zu einem Stadtteil, in dem der Unmut immer größer wird. Denn in Altendorf gibt es wie in allen

Arbeitervierteln eine Menge Probleme, so kommt es immer wieder zu rassistischen Angriffen und Kontrollen durch die Bullen. Die Polizeigewalt fand ihren vorläufigen Höhepunkt in der Ermordung von Adel B., ein Arbeiter mit deutsch-algerischen Wurzeln. Aber es entwickelte sich auch Widerstand dagegen und dieser sammelte sich auch häufiger auf dem Ehrenzeller Platz. Dass die Putzaktion genau da ansetzt, um den Unmut zu verstecken, überrascht nicht. Denn dies ist die Strategie der bürgerlichen Politik in der Stadt. Nichts Hören, Nichts Sehen, viel beschwichtigen. Aber auch neben dem Polizeiterror gibt es eine Vielzahl anderer Probleme. Ein anderes dieser Probleme, mit dem Viele im Viertel konfrontiert sind, sind die oben angesprochenen dreckigen Spielplätze im Viertel.

Fragt man die Leute im Viertel, erfährt man schnell, was die Probleme im Viertel sind. Die Malungen am Ehrenzeller Platz oder im restlichen Viertel werden dabei nicht genannt. Woran man sich jedoch stört und häufig angesprochen wurde, sind



Essen-Altendorf Viertel ohne vernünftige Spielplätze

die kleinen verdreckten Spielplätze im Viertel. So sind die Eltern nach der Arbeit genötigt einmal die Woche die Spielplätze zu fegen, damit die Kinder nicht im Dreck spielen müssen. Dabei bleibt die Aufgabe meistens an den Müttern hängen. Die Stadt Essen und die bürgerlichen Politiker aus dem verschiedenen Gremien wie der Bezirksvertretung interessiert das nicht. Diese lassen sich wenn überhaupt nur zu Wahlkampfzeiten im Viertel blicken. Was sich dafür immer wieder blicken lässt sind Ratten die auf den Spielplätzen umherlaufen und im schlimmsten Fall Krankheiten übertragen können.

Zwar gibt es an jeder zweiten Ecke ein paar Spielgeräte, doch eine Tischtennisplatte, ein Klettergerüst und eine Schaukel auf 20 Quadratmeter an einer Straße machen noch keinen Spielplatz aus, und selbst diese „Spielplätze“ werden immer weiter zurückgebaut. Im ganzen Viertel gibt es zwei Bolzplätze. Der Rest der Kinder und Jugendlichen spielt auf den Plätzen und auf der Straße; dass dies immer wieder eine Gefahrenquelle ist, kümmert die befragten Mütter, aber nicht die Stadt. Im Gegenteil – die Stadt ist verantwortlich dafür, dass die schützende Umzäunung am Platz an der Kopernikusstr. vor ein paar Jahren abmontiert wurde. Konnten dort in der Vergangenheit Kinder und Jugendliche gefahrlos spielen, besteht jetzt die Gefahr, dass Kinder unüberlegt auf die Straße rennen und dann von einem vorbeifahrenden Auto erfasst werden.

Auch wenn mit dem an Altendorf angrenzenden Krupp-Park eine große Parkanlage zur Verfügung steht, reicht dies nicht aus. Im Sommer ist die Parkanlage schnell überlaufen, da sich dort das halbe Viertel trifft. Zudem ist da auch keine große Spielanlage für Kinder zu finden. Ein weiterer Punkt: für Familien mit kleinen Kinder ist es teilweise ein sehr langer Weg und dauert dementsprechend lange, wenn man mit kleinen Kindern unterwegs ist. Also auch keine Lösung für zwischendurch.

Gerade in der Pandemie, in der der Staat alle Möglichkeiten der Freizeitbeschäftigung geschlossen hat, können Eltern mit ihren Kindern nur noch auf die Spielplätze und die

Bolzplätze im Viertel. Diese sind bei guten Wetter dementsprechend schnell voll. Wird da von Seiten der Stadt darauf reagiert und die die Spielplätze deshalb häufiger gesäubert? Natürlich nicht, das würde dann ja bedeuten, dass man für unsere Probleme Geld ausgeben müsste. Die einzigen Vertreter des Staates die sich regelmäßig im Viertel zeigen, sind die Bullen. Entweder, um die Kinder vom Bolzplatz zu verjagen, weil sie gegen Corona-Auflagen verstoßen würden, oder um Menschen mit Migrationshintergrund zu schikanieren. Aber nicht, um die Probleme der Leute zu lösen. Eine Mutter erzählte, dass sie in der Vergangenheit an einem der Spielplätze belästigt wurde. Sie hat die Bullen gerufen; obwohl die Bullen ständig auf der Hauptstraße im Viertel patrouillieren und damit in der Nähe des Spielplatzes waren, haben sie 45 Minuten gebraucht, um bei der Frau zu seien. Das ist nur eines von vielen Beispielen, das zeigt, dass die Bullen nicht für unseren Schutz da sind, sondern zum Schutz der Ausbeuter und Unterdrücker.

Aber dass die Bezirksvertretung III sich lieber mit den „Schmierereien“ beschäftigt als mit den Problemen der Leute, die sie angeblich vertreten sollen, zeigt, dass wir uns auf die bürgerliche Politik nicht verlassen können. Denn wer löst das Problem der dreckigen Spielplätze am Ende des Tages? Die Leute aus Altendorf selbst. Nach der Arbeit, während man auf die Kinder aufpasst. Denn die Stadtverwaltung und die Politik kümmern sich nicht um unsere Probleme. Sie verursachen die Probleme und schicken uns am Ende des Tages die Bullen, damit wir weiterhin die Füße stillhalten. Was die Eltern auf den Spielplätzen in Altendorf verstanden haben, ist, wir können uns nur selbst helfen. Egal ob es sich um saubere Spielplätze handelt oder um andere Sorgen, die wir als Klasse haben. Nur, wenn wir die Sachen in die eigene Hand nehmen und uns organisieren und für unsere Rechte kämpfen, können wir gewinnen. Alles andere ist eine Illusion. Wenn wir das nicht machen, können wir warten bis zum Sankt Nimmerleinstag, denn die bürgerlichen Politiker denken nur daran, wie sie sich ihre Taschen vollstopfen können, und um das ungestört machen zu können, muss es für sie ruhig bleiben. Und das ist der Grund, wieso man sich an ein paar Malungen am Ehrenzeller Platz stört, aber nicht an dreckigen Spielplätzen. •

ESC 2021: WE FEEL THE HATE!

Für den diesjährigen Grand Prix hat Deutschland eine kleine Neuigkeit auf Tasche: Mit „Jendrik“ gibt es nach jahrelang aufgetretenen Schnulzsängern zur Abwechslung mal einen blondierten Comedian. Gerade in diesen „schweren Zeiten“ muss man ja auch mal anstelle von schluchzenden Liebesballaden aufmunternde Tracks hören können. Die Ideologie der herrschenden Klasse wird uns diesmal also nicht über resignierte Heulsusen vorgeträllert, sondern mittels extremen Auswüchsen des Postmodernismus, der so stark sein soll, dass er die existierenden Probleme einfach überdeckt.

Jendriks Nummer für „Rotterdam 2021“ heißt „I don't feel hate“ („Ich spüre keinen Hass“), stattdessen nur Mitleid („...i just feel sorry“). Ein Inhalt, den man sich eigentlich genau so gut zu der Form der verzweifelten Pop-Balladen der letzten Jahre des Eurovision Song Contest vorstellen kann. Aber dieses mal geht es nicht um verwirrte Gefühle in einer Liebesbeziehung, sondern darum, dass man scheiße behandelt wird und einem das völlig egal ist. Ein heiterer 4-Chord-Song, zu dem Jendrik fröhlich mit einer Mini-Gitarre spielt. Die Geschichte ist schnell erzählt: Jendrik singt davon, dass blöd mit einem umgegangen wird, dass er gehasst wird, und wie er darauf reagiert: Er ist vermeintlich so weise, erwachsen und lebensfroh, dass es ihm Leid für sie tut, wenn sich andere Menschen so böse verhalten. Weil sie auf diese Weise nie so glücklich werden können, wie er es angeblich ist.

Es gibt den Spruch „Den kann man aber auch echt nur bemitleiden...“. Der bezieht sich aber im Wesentlichen auf zynische Menschen, die selber genug Probleme haben, aber trotzdem oder genau deshalb sich an irgendwelchen Leuten auslassen. So etwas sagt man vielleicht, wenn ein Kollege auf der Arbeit Tag für Tag nur am rummeckern ist. Aber wenn es um Ausbeutung, Unterdrückung oder jede Form von reaktionärer Gewalt geht – dann redet man nicht mehr so über Leute, die dafür verantwortlich sind. Dann sind das Feinde. Und solche Leute bemitleidet kein Mensch, der davon betroffen ist. Wenn du ausgebeutet wirst, suchst du Wege, um das zu beenden. Wenn du angegriffen wirst, dann musst du sofort reagieren, dich verteidigen, um dich zu schützen. Jendrik singt

„Es ist mir wirklich egal, wenn du mich verprügeln willst“. Wer hat sowas denn schonmal gehört? Ist das möglich, dass irgendeinem Menschen das egal ist? Nein. Vielleicht, wenn man extrem auf Drogen ist. Auch ein Eindruck, den man von dem Lied, insbesondere vom Musikvideo bekommen könnte – mit Drogen ist das alles, was Jendrik singt, möglich. Aber – wenn jemand dich verprügeln will, dann reagiert jeder normale Mensch; entweder zurückhauen oder weglaufen. Oder „mit Worten“, aber das ist halt für üblich in dem Moment zu spät. Einen Widerspruch löst man auch nicht dadurch, dass man sagt, dass man nicht mit ihm einverstanden ist, sondern dadurch, dass man sich auf eine der beiden Seiten stellt und die andere bekämpft. Das zu tun, bedeutet in der Regel mehr, als sich zu beschweren; als würde man bei einem Überfall sagen, dass man damit nicht einverstanden ist:

Getting robbed? Just say no.



Your robber legally cannot take any of your possession without your consent.

Also, wenn man ausgebeutet, unterdrückt oder Ziel von reaktionärer Gewalt wird, kann man nicht erzählen, dass es einem Spitzenklasse geht und dass man nur Mitleid für die Reaktionäre hat. Da kann es einem ziemlich beschissen gehen, und das Gefühl, was man für die Reaktionäre entwickelt, ist *Hass*. Jendrik – oder die Stefan-Raab-Nachfolger, die den Song im Hinterzimmer geschrieben haben – haben vermutlich noch nicht allzu viel Erfahrung mit solchen Situationen bzw. so einer Lebenslage gemacht. Dass die Ausbeuter und Unterdrücker,



Jendrik im Musikvideo zu „I don't feel hate“

die uns und unsere Arbeit missbrauchen, nicht so glücklich wie wir sein können – das ist falsch. Sie haben unsere Probleme nicht. Was sie nicht entwickeln, ist unser kollektives, gerechtes, fortschrittliches Glück. Aber sie können durchaus sehr fröhlich durch den Tag laufen, mit ihrem parasitären und verkommenen Glück, das auf dem Gewinn, der aus unserer Ausbeutung geschlagen wird, basiert. Insofern ist „I don't feel hate“ eine totale Negation der Entstehung von Ideen im Kopf des Menschen aus seinem praktischen Leben heraus.

Wie kommen solche Anschauungen zustande? Der Weg dorthin ist, alle Dinge nur voneinander getrennt, ohne ihre Zusammenhänge und ihre Veränderung, zu betrachten. Diese Philosophie wurde in den letzten Jahrzehnten verstärkt auf politische Fragen angewendet, wodurch der sogenannte Postmodernismus seinen Weg bahnte. Wenn man alle Dinge nur „an sich“ einzeln betrachtet, haben sie plötzlich alle ihre eigenen Gesetze und Wahrheiten. Die Welt ist angeblich nicht mehr wissenschaftlich erklärbar, es gibt ganz viele Wahrheiten und Möglichkeiten. Wenn Jendrik jetzt von irgendwem geschlagen wird, dann denkt er sich wohl: „Hmm, der arme Mensch, er hat böse Gefühle in sich; möglicherweise wurde er auch schlecht behandelt.“, und steckt das in

eine andere Schublade als die Tatsache, dass er gerade geschlagen wurde. Was für ein Blödsinn das ist. Was der Postmodernismus letztendlich macht, ist durchzustreichen, dass es überhaupt eine tatsächliche Wahrheit gibt. Dinge basieren nicht auf Wahrheit und Wissenschaft, sondern lediglich auf den eigenen Gefühlen, wobei Jeder unterschiedliche Gefühle zu einer Sache hat. Denn schließlich seien wir ja alle losgelöst voneinander und wer nicht Teil einer Sache sei, könne sie auch nicht verstehen. Und so endet man, der Logik der Gefühle als Grundlage für alles folgend, bei der Förderung von Individualismus, der ein Gift ist für Kollektivität und die Einheit und den Kampf unserer Klasse.

Jendriks Lied, aber besonders auch das Video dazu, sind voll von Postmodernismus. Wozu diese Sachen führen, ist, dass alle konkreten Probleme aus den Augen verloren werden, wilde Diskussionen um völlig irrelevante Themen geführt, absurde Ideen verbreitet und besonders die Widersprüche durch die „unterschiedlichen Wahrheiten aus unterschiedlichen Perspektiven“ verwischt werden. „I don't feel hate, i just feel sorry“ beschreibt die pure Negation des Klassenkampfes. So etwas kann nur von jemandem kommen, der im Augenblick keine wirklichen Probleme mit Ausbeutung und Unterdrückung hat. Für die Arbeiterklasse ist klar: Wir spüren den Hass! •



DEMVOLKEDIENEN.ORG

Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

KONTAKT:

ROTEPOST@GMX.DE

TERMINE IM APRIL

BREMEN:

Café Rebellion - BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch - geöffnet ab 17 Uhr

FREIBURG:

Café Popular - Linkes Zentrum iadelante!
Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat - 13 Uhr

1. MAI - INTERNATIONALER KAMPFTAG DER ARBEITERKLASSE
Haltet Augen und Ohren offen nach Aktionen in eurer Stadt!

